

Das Ringen um ein angemessenes und würdiges Gedenken von Juni 2021 bis Mai 2023

Der Geschichtsort und die Insolvenz der Buchhandlung

Nicht nur durch die Corona-Pandemie, sondern auch durch die problematische Lage in einer Straße mit relativ wenig Laufkundschaft, reichten die Umsätze der Buchhandlung nicht aus, um einen dauerhaften Betrieb zu gewährleisten. Ende Januar 2022 trat dann das ein, was alle Beteiligten schon lange erwartet hatten: Die Insolvenz der Buchhandlung „Lesesaal“ mit dem angeschlossenen Café. Damit ist ein Konzept gescheitert, mit dem sich der Investor der „Stadthöfe“ seiner im Kaufvertrag festgelegten Verpflichtung, auf wenigstens 750 qm einen Gedenk- und Lernort „auf seine Kosten zu realisieren sowie dauerhaft den Betrieb und die öffentliche Zugänglichkeit sicherzustellen“, billig entledigen wollte. Dieses Konzept – Gedenkort als „Dreiklang aus Buchhandlung, Café und Ausstellung“ – wurde bei Bekanntwerden 2018 von der Kulturbehörde als „innovativ“ verkauft und von den Opfer- und Verfolgtenorganisationen von Anfang vehement abgelehnt.

Von einigen Medien wurde behauptet, dass die Buchhandlung auch wegen der andauernden Proteste schließen musste. Dass mit Protesten gegen den "Dreiklang" von Buchhandlung, Café und Gedenkort zu rechnen war, wusste die Buchhändlerin, als sie die Räume für einen Euro im Monat anmietete. Es ging jedoch bei allen Protesten nie um die Buchhändlerin als Person. Um ein Gefühl der Bedrohung nicht aufkommen zu lassen, fanden die Mahnwachen oder Veranstaltungen niemals vor dem Lesesaal statt, sondern immer vor dem Turmhaus an der Ecke Neuer Wall/Stadthausbrücke. Die Stadthaus-Initiative hat sich immer von Pöbeleien oder unsachlichen Angriffen distanziert und hat sich niemals daran beteiligt.

Nach der Insolvenz stehen jetzt knapp 300 qm für die Ausstellung, für Veranstaltungen und für Seminare zur Verfügung – immer noch deutlich weniger, als im Kaufvertrag zwischen der Stadt und dem Investor vereinbart wurde. Die veränderte Situation erforderte die Aushandlung eines neuen Vertrages zwischen der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte (SHGL) und der Behörde für Kultur und Medien (BKM) auf der einen und der Stadthöfe KG (Eigentümer: Drei Ärztliche Versorgungswerke) auf der anderen Seite. Die Vertragsverhandlungen zogen sich bis Ende September 2022 hin, die Neugestaltung des Geschichtsortes wird voraussichtlich bis Sommer 2023 dauern. Während dieser Zeit ist der Geschichtsort geschlossen und für die Öffentlichkeit nicht zugänglich, ausgenommen vereinzelte Führungen durch die Stadthöfe durch die SHGL.

Im Geschichtsort selbst soll die aktuelle Ausstellung räumlich und inhaltlich unverändert bleiben, obwohl es deutliche Forderungen nach einer Aktualisierung, Überarbeitung und Erweiterung um den Hamburger Widerstand gibt. Nach Aussage der Stiftung fehlen dafür die personellen und finanziellen Mittel. Die frei gewordene Fläche der ehemaligen Buchhandlung soll teilweise als Empfangs-, Büro- und Veranstaltungsbereich (für ca. 50 Personen) genutzt werden, das ehemalige Café als Seminarraum (für ca. 25 Personen). Zwei Büroräume sind geplant, einer für die Mitarbeiterinnen der Stiftung in der ehemaligen Buchhandlung und ein kleines Büro für externes Personal im Schaufensterbereich (von der Straße aus gesehen ganz rechts). Nach Wiedereröffnung soll der Geschichtsort an sechs Tagen in der Woche geöffnet sein, betreut von zwei Mitarbeiterinnen der SHGL, die sich eine Planstelle teilen und von Mitarbeiter*innen eines externen Personaldienstleisters.

Neuer Vertrag zwischen der Stadt Hamburg und den Eigentümern der Stadthöfe

Anfang Februar 2022 hält der Kultursenator in der von der Linksfraktion beantragten aktuellen Stunde in der Bürgerschaft an seiner schon im Beirat gemachten Unterscheidung zwischen "Täterort" und "Opferort" fest, ebenso die SPD und die Grünen. "Täterort" wäre demnach das Stadthaus und "Opferort" das KZ-Fuhlsbüttel (KolaFu). Am 21.09.2022 bringen die Regierungsfractionen SPD und Bündnis90/Die Grünen einen Antrag zur zukünftigen Finanzierung und Ausgestaltung des "Geschichtsortes" in die Bürgerschaft ein. Dieser wurde mehrheitlich verabschiedet, gleichzeitig soll das Thema auch noch einmal im Februar 2023 im Kulturausschuss auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dieser Antrag basiert auf dem einen Tag später abgeschlossenen Vertrag mit der Stadthöfe KG. Dieser Vertrag konnte erst nach mehrmonatigen zähen Verhandlungen unter Dach und Fach gebracht werden. In diesen Verhandlungen haben offensichtlich die Eigentümer eine ganze Reihe ihrer Forderungen durchsetzen können. Die Stadt entlässt die Eigentümer der Stadthöfe vollständig aus allen Kaufvertragsverpflichtungen aus dem Jahre 2009. Was übrig bleibt sind jetzt 300 Quadratmeter und Mietfreiheit. So richtig es ist, dass der Geschichtsort jetzt nicht mehr von den Eigentümern, also privat, betrieben wird, so verantwortungslos und rechtlich fragwürdig ist es, der Stadthöfe KG auch alle finanziellen Verpflichtungen abzunehmen. Dazu gehören die Einrichtungs- und Umbaukosten in Höhe von 169.500 € sowie die jährlichen laufenden Kosten von 139.000 €. Bei einer Vertragslaufzeit von 20 Jahren also insgesamt fast 3 Millionen €. Dabei sind die Kosten für die notwendige wissenschaftliche Begleitung noch gar nicht mitgerechnet. Dass der Vertrag befristet ist und danach alle 10 Jahre wieder erneuert werden muss, ist ein weiteres Zugeständnis an die Eigentümer. Offensichtlich waren bei dieser Lösung die Investoreninteressen wichtiger als die Durchsetzung der Kaufvertragsvereinbarung von 2009.

Die Beauftragung eines externen Personaldienstleister für die Gewährleistung des laufenden Betriebs des Geschichtsortes ist ebenfalls nicht unproblematisch. Ob damit gewährleistet ist, dass jederzeit fachkundiges Personal vor Ort ist, darf bezweifelt werden. Die SHGL begründet diese Entscheidung mit finanziellen und personellen Argumenten.

Die 300 Quadratmeter, mit denen sich BKM und SHGL jetzt vertraglich zufrieden geben, sind natürlich besser als die vorherigen 50 Quadratmeter, aber sie sind nach wie vor unzureichend. Alle aktuellen Planungen zur Gestaltung dieses Ortes als Lern-, Dokumentations-, Gedenk- und Veranstaltungsort leiden unter dieser räumlichen Enge und den sehr verwinkelten Gegebenheiten. Die Ausstellung mit ihren schweren Stahlischen soll unverändert bleiben, obwohl sie dringend auf den aktuellen Forschungsstand gebracht werden müsste. Die Geschichte der Polizei im Dritten Reich, einschließlich ihrer Vor- und Nachgeschichte, müsste für den norddeutschen Raum (Wehrkreis X) ausführlicher dargestellt werden, dies gilt für alle Dienstzweige der Polizei. Dabei sind insbesondere auch die Einsätze in den besetzten Gebieten (seit 1938) und die Beteiligung an den Massenmorden (z.B. „Intelligenzaktion“, „Außerordentliche Befriedungsaktion“, „Umsiedlungen“, „Deportationen“, Holocaust, „Bandenbekämpfung“, Fronteinsätze) umfassend zu berücksichtigen. Der Hamburger Widerstand gehört in den Geschichtsort und damit ins Zentrum der Stadt und muss in angemessener Form im Rahmen der Dauerausstellung dargestellt werden und zwar nicht nur Einzelschicksale sondern auch die unterschiedlichen Organisationen, Strukturen, Aktivitäten und Strömungen. Außerdem muss die Ausstellung thematisch um die Nachkriegszeit erweitert werden, mit einem besonderen Schwerpunkt auf die Auseinandersetzungen seit 2019. All diese Anforderungen kann der jetzige Ort nur unzureichend erfüllen und setzt den politischen Willen voraus, die dafür notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Damit bleibt der Geschichtsort ein Provisorium, bis eine der historischen Bedeutung dieses Ortes angemessene Lösung gefunden ist. Eine angemessene Lösung wäre zum Beispiel ein Neubau auf dem Bürgermeister Petersen Platz unter Einbeziehung des ehemaligen Polizei-Führungsbunkers. Dass die Vertragsverhandlungen (trotz Zusicherung) wieder ohne Einbeziehung der in Hamburg maßgeblichen Opfer- und Verfolgtenverbände stattgefunden haben, ist respektlos.

Da auch im Sommer 2022 das angekündigte erinnerungspolitische Konzept der SHGL noch nicht vorliegt, hat die Arbeitsgruppe Erinnerungspolitik innerhalb der VVN-BdA Anfang August eine kostenlose Broschüre unter dem Titel "Erinnern für die Zukunft - Ein Beitrag zur erinnerungspolitischen Diskussion in Hamburg" herausgebracht. Sie wurde an viele maßgebliche Institutionen und politische Entscheidungsträger*innen in Hamburg verschickt. Sie kann darüber hinaus kostenlos im Hamburger Landesbüro der VVN-BdA abgeholt oder gegen eine Versandgebühr von 2 Euro dort bestellt werden. Sie steht auch zum Download bereit. Auch Anfang Februar 2023 liegt das erinnerungspolitische Konzept der SHGL noch nicht vor.

Das Kunstwerk Stigma und die Erklärtafeln

Am 04.10.2021 wurde vom Kultursenator Dr. Carsten Brosda zusammen mit den beiden Künstlerinnen Ute Vorkoeper und Andrea Knobloch („missing icons“) vor geladener Presse der offizielle Start der Kunstwerksrealisierung an der Stadthausbrücke bekannt gegeben. Die Einladung erfolgte sehr kurzfristig und selbst die Mitglieder des inzwischen aufgelösten Beirats erfuhren erst aus zweiter Hand von diesem Termin. Die Frage aus dem Publikum nach den vom Preisgericht und dem Beirat geforderten Erklärtafeln beantwortete der Senator dahingehend, dass Erklärungen zum Kunstwerk im Geschichtsort einsehbar seien, aber nicht im öffentlichen Raum. Es sollte noch bis in das Frühjahr 2022 dauern, bis die Arbeiten tatsächlich in Angriff genommen wurden. Erst im Juni, also mit fast zweijähriger Verspätung, wurde das Kunstwerk "stigma" fertig und durch den Kultursenator vor ausgewählten Medienvertreter*innen vorgestellt. Die Initiative Stadthaus oder die Beiratsmitglieder waren, wie schon im Oktober 2021 bei dem offiziellen Beginn der Arbeiten, nicht eingeladen.

Entgegen der ursprünglichen Planung und Entscheidung des Preisgerichts wurde das als "stigma" bezeichnete Bodenkunstwerk nach Süden verlegt und fast um die Hälfte verkürzt. Es reicht jetzt von der Brücke über den Bleichenfleet bis kurz hinter das Eckhaus (Rotunde). Es reicht also nicht bis zum Görtz'schen Palais, sondern nur bis zum Beginn des "business improvement districts" (BID) Große Bleichen. Ursprünglich sollte das Kunstwerk die Funktion haben, den Geschichtsort mit den verschiedenen Eingängen zu den Stadthöfen zu verbinden. Der Beirat hatte ergänzend vorgeschlagen, die Eingänge dann auch mit entsprechenden Tafeln zu deren geschichtlicher Bedeutung zu versehen. Davon ist jetzt keine Rede mehr. Da die räumliche Verbindung zum Geschichtsort durch die Verlegung nach Süden unterbrochen wurde und das Kunstwerk nicht selbsterklärend ist, ist eine Wiederherstellung dieser Verbindung durch Erklärtafeln dringend erforderlich. Dieses haben die Initiative Stadthaus, die maßgeblichen Opfer- und Verfolgtenverbände und auch der Beirat daher immer wieder gefordert. Bis zum Dezember 2021 hatten die Künstlerinnen und der Kultursenator Erklärtafeln aber immer abgelehnt. Die SHGL verwies auf den Bezirk Hamburg-Mitte als zuständiges Gremium für alle Gestaltungen im öffentlichen Raum.

Erst Ende des Jahres wurde von BKM, SHGL und den Künstlerinnen eine Bodenplatte zugestanden, mit einem äußerst knappen Text. Die Verfolgtenverbände waren in diese Entscheidung wieder einmal

nicht eingebunden. Nachdem Peter Ulrich Meyer im Hamburger Abendblatt am 9.1.2022 mit den beiden Beiträgen "Stadthaus - die Narbe der NS-Verbrechen" und "Beschämend und skandalös" die Probleme des Geschichtsortes und des Kunstwerkes sehr deutlich auf den Punkt gebracht hatte (leider hinter der Bezahlschranke), gab die Stiftung der Forderung nach Erklärtafeln zum Kunstwerk in Form von Stelen nach und rückte von der Bodenplatte ab, die wohl besonders eine Idee der beiden Schöpferinnen von "stigma" ist. Sie favorisieren sie nach wie vor und lehnen eine Stele beim Kunstwerk ab. Als Kompromiss soll es stattdessen nun einen kleinen festen Aufsteller beim Kunstwerk und eine Stele beim Geschichtsort geben. Der Aufsteller wird knapp das Kunstwerk erklären und auf "missing icons" hinweisen, die Stele beim Geschichtsort auf die Bedeutung des Stadthauses als Zentrale des faschistischen Terrors und auf die Konflikte um die Entstehung des Geschichtsortes. Sie soll damit zugleich die Verbindung zwischen Geschichtsort und Kunstwerk herstellen, die durch die Verkleinerung und Verlegung von "stigma" räumlich verloren gegangen ist.

Auflösung des Beirates und Fortsetzung als Netzwerk-Treffen

Der von der Kulturbehörde im Frühjahr 2018 als Reaktion auf die öffentliche Diskussion einberufene Stadthaus-Beirat hat sich am 22.06.2021 nach insgesamt 21 Sitzungen selbst aufgelöst. Dieses geschah nach Auffassung der meisten Beiratsmitglieder nicht, weil die Aufgaben erfüllt seien, sondern weil keine Perspektive mehr gesehen wurde, die aus dem Beirat heraus gemachten Vorschläge noch zu realisieren. Die Widerstände von Kulturbehörde, Senat, Bürgerschaftsmehrheit und Eigentümern der Stadthöfe wurden einfach zu groß erachtet. Rechtzeitig zur Auflösung des Beirates hat die SHGL einen sehr umfassenden, informativen und ansprechend gestalteten Ausstellungskatalog herausgebracht, in dem jedoch die aktuellen Auseinandersetzungen um den "Geschichtsort" nur mit wenigen dürren Worten erwähnt werden.

Der Abschlussbericht des Beirates wurde am 25.11.2021 offiziell an Kultursenator Dr. Carsten Brosda übergeben, der ihn mit den Worten entgegennahm: "Ich danke auch dem Eigentümer und allen weiteren Beteiligten, die dazu beigetragen haben, dass wir zusätzliche Formate des Gedenkens, wie das Kunstwerk Stigma umsetzen können. Wir konnten nicht alle Ideen verwirklichen..." Wieso hier ein Dank an die Eigentümer der Stadthöfe angebracht war und warum „wir“ nicht alle Ideen verwirklichen konnten, bleibt das Geheimnis des Kultursenators...

Am 02. März 2022 fand auf Einladung der SHGL ein Treffen fast aller Mitglieder des inzwischen aufgelösten Beirates statt, auf dem gemeinsam überlegt wurde, wie die nun frei werdende Fläche im Geschichtsort ausgestaltet werden könnte. Fast alle waren sich einig, dass auch die nun frei gewordene Fläche nicht ausreicht, um dort einen angemessenen Gedenk-, Lern- und Veranstaltungsort zu NS-Terror und Widerstand in Hamburg zu realisieren. Nach der Vorstellung von BKM und SHGL soll im Geschichtsort daher in erster Linie an die Täter erinnert werden, an die Opfer und den Widerstand dann in ferner Zukunft in Fuhlsbüttel. Bis dahin soll der Widerstand im „Geschichtsort“ über Sonderausstellungen thematisiert werden. Die Idee, auf dem Bürgermeister-Petersen-Platz, direkt gegenüber vom Görtz'schen Palais und über dem ehemaligen Polizei-Führungsbunker ein neues Gebäude zu errichten, wurde zwar in die Versammlung eingebracht, aber nicht weiter aufgegriffen. Die Teilnehmer*innen verständigten sich darauf, diese Treffen als „Netzwerk-Treffen“ in unregelmäßiger Folge fortzuführen. Inzwischen fanden drei solcher Zusammenkünfte statt.

Die Mitglieder der Initiative Stadthaus haben beim zweiten Treffen einige Bedingungen für ihre weitere Mitarbeit genannt:

1. Die Geschichte der Polizei im Dritten Reich, einschließlich ihrer Vor- und Nachgeschichte, ist für den norddeutschen Raum (Wehrkreis X) darzustellen, dies gilt für alle Dienstzweige der Polizei. Dabei sind insbesondere auch die Einsätze in den besetzten Gebieten (seit 1938) und die Beteiligung an den Massenmorden (Holocaust, „Bandenbekämpfung“, Fronteinsätze) umfassend zu berücksichtigen.
2. Die Trennung in „Täter und Opferorte“ ist falsch und wird entschieden abgelehnt! Sie wird dem Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus und der Erinnerungskultur in keiner Weise gerecht. Der Hamburger Widerstand muss in angemessener Form im Rahmen der Dauerausstellung dargestellt werden.
3. Die Ausstellung muss thematisch um die Nachkriegszeit erweitert werden, mit einem besonderen Schwerpunkt auf die Auseinandersetzungen seit 2019.
4. Es muss ein überzeugendes Raumkonzept erarbeitet werden, das deutlich macht, wie die verschiedenen Funktionen (Lernort, Veranstaltungsort, Erinnerungsort usw.) räumlich realisiert werden sollen.
5. Das Kunstwerk Stigma muss durch erklärende Tafeln im öffentlichen Raum ergänzt werden, da durch die Verlegung keine unmittelbare Nähe zum Geschichtsort mehr besteht.
6. Ein Schaufenster des Geschichtsortes an der Stadthausbrücke wird den Opfer- und Verfolgtenverbänden zur freien Gestaltung zu Verfügung gestellt.
7. Schließlich muss geklärt werden, warum mit der Begleitung von Veranstaltungen, der „Aufsicht“ usw. eine externe Firma beauftragt werden soll.

Nach Auskunft der Stiftung fehlen für eine Überarbeitung und Aktualisierung der Ausstellung die personellen und finanziellen Mittel. Der Hamburger Widerstand soll in Form von temporären Ausstellungen stärker berücksichtigt werden. Das jetzige Raumkonzept sieht vor, die frei gewordene Fläche der ehemaligen Buchhandlung teilweise als Empfangs-, Büro- und Veranstaltungsbereich (für ca. 50 Personen) zu nutzen, das ehemalige Café als Seminarraum (für ca. 25 Personen). Zwei Büroräume sind geplant, einer für die Mitarbeiterinnen der Stiftung in der ehemaligen Buchhandlung und ein kleines Büro für externes Personal. Der Ort für dieses zweite Büro war zunächst umstritten, konnte dann aber geklärt werden. Dass mit der Begleitung von Veranstaltungen und der Aufsicht im laufenden Betrieb externe Personaldienstleister beauftragt werden, wird von Seiten der Stiftung damit begründet, dass dieses zuverlässiger und kostengünstiger sei. Es sei nicht möglich, dafür neue Stellen zu schaffen.

Insgesamt konnten die Forderungen der Initiative Stadthaus bisher nur teilweise durchgesetzt werden. Einzig die Möglichkeit, eines der Schaufenster gestalterisch in die Hände der Verfolgtenorganisationen zu legen, wurde von Anfang an zugestanden. Doch auch diese Zusage erfuhr inzwischen einige Einschränkungen. So schlägt die SHGL vor, einen Runden Tisch aller zwölf Organisationen, die im Beirat der SHGL vertreten sind plus sechs weiterer unter ihrer Leitung zu bilden. Dieser soll an die Stelle der jetzigen informellen Netzwerktreffen treten. Hauptaufgabe dieses Runden Tisches soll es sein, jeweils für ein Jahr vier Organisationen aus diesem Kreis auszuwählen, die im dreimonatlichen Wechsel das Schaufenster gestalten sollen. Der Vorschlag sieht weiter vor, dass die inhaltliche Gestaltung vorab vom Vorstand der Stiftung und der Leiterin des Geschichtsortes genehmigt werden muss. Darüber hinaus soll der Runde Tisch auch Vorschläge für Sonderausstellungen unterbreiten können. Er soll von der SHGL einberufen und geleitet werden. Außerdem sollen alle Mitglieder zu Stillschweigen verpflichtet werden, sogar über das Ende ihrer Mitgliedschaft hinaus.

Die Initiative Stadthaus steht diesem Vorschlag kritisch gegenüber, nicht nur wegen der Geheimhaltungsklausel, sondern auch wegen der Anzahl an Organisationen, die nur zum Teil zum Stadthaus und seiner Geschichte aktiv geworden sind. Sollten sich alle Organisationen beteiligen, wäre bei einem dreimonatlichen Rhythmus jede Organisation alle viereinhalb Jahre einmal an der Reihe. Dieser dreiseitige, sehr bürokratisch anmutende Vorschlag der Stiftung, lässt den Verdacht aufkommen, dass sie die Gestaltung des Fensters streng unter Kontrolle behalten will. Die Initiative Stadthaus hat aber gerade ein Interesse daran, die kritische Auseinandersetzung mit der Nachkriegsgeschichte und hier vor allem mit der Entstehungsgeschichte des Geschichtsortes nicht unter den Tisch fallen zu lassen. Dieser Themenbereich ist bisher im Geschichtsort bisher praktisch nicht vorhanden.

Die Aktivitäten der Initiative Stadthaus

Am Freitag, den 29. Oktober 2021 fand im FORUM der Apostelkirche in Eimsbüttel eine Veranstaltung zum Thema „Profit versus Gedenken“ statt. Eingeladen hatte die Initiative Stadthaus, mit dem Ziel, über die in Hamburg übliche Praxis der Privatisierung des Gedenkens zu diskutieren. Gekommen waren ca. vierzig erinnerungspolitisch Interessierte. Wolfgang Kopitzsch, Bundesvorsitzender des Arbeitskreises ehemals verfolgter und inhaftierter Sozialdemokraten (AvS) ging ausführlich auf die Auseinandersetzungen um das Stadthaus ein, als Musterbeispiel für eine gescheiterte Privatisierung des Gedenkens. Cornelia Kerth, Bundesvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten und Antifaschistinnen (VVN-BdA) e. V. schilderte den Konflikt um das Dokumentationshaus am Hannoverschen Bahnhof, bei dem mit der Firma Wintershall/DEA eine NS-Täterfirma in demselben Gebäude wie das Dokumentationszentrum ihren Firmensitz haben wird. Miriam Rürup, Historikerin, Direktorin des Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien in Potsdam und Professorin an der Universität Potsdam, referierte über die denkmalgeschützten Überreste der weltweit ersten, eigens errichteten Synagoge des Reformjudentums, in der Hamburger Neustadt. Ulrich Hentschel, Pastor im Ruhestand und ehemaliger Studienleiter an der Evangelischen Akademie der Nordkirche, moderierte die Veranstaltung, sprach in einem eigenen Redebeitrag aber auch allgemein über seinen Eindruck der Stagnation, dass in der immer wieder behaupteten win-win-Situation von Public Private Partnership-Entscheidungen nur die Gewinne der Investoren sprudeln. In der anschließenden Diskussion kamen weitere erinnerungspolitische Vorhaben zur Sprache, bei denen ein ähnliches Muster zu erwarten sei. Als Beispiele nannten Vertreter der Initiative Dessauer Ufer das Lagerhaus G im Hafen und der Willi-Bredel-Gesellschaft das zukünftige "Quartier Santa Fu" in Fuhlsbüttel. Beide Initiativen beschäftigen sich intensiv mit Zwangsarbeit während der NS-Herrschaft. Ein Fazit dieser Veranstaltung war, dass in Hamburg erinnerungspolitische Fortschritte nur mit Druck und gemeinsamen Aktivitäten erreicht werden können.

Bei strahlendem Sonnenschein und frühlingshaften Temperaturen versammelten sich am 18.03.2022 etwa 150 Antifaschistinnen und Antifaschisten vor dem geschlossenen Geschichtsort mit leergeräumter Buchhandlung, um wieder einmal für ein angemessenes und würdiges Gedenken an diesem historischen Ort zu demonstrieren. Den musikalischen Rahmen bildete "Tuten und Blasen".

Die Demonstration am 8.Mai zum Tag der Befreiung vom Faschismus führte auf dem Weg vom Lohsepark zum Rathausmarkt auch an den Stadthöfen vorbei. Dort wurde eine kleine Kundgebung abgehalten.

Etwas kleiner fiel die Veranstaltung am 30. Januar 2023, dem 90. Jahrestag der Machtübertragung an die Nationalsozialisten aus. Sie fand bei Kälte und heftigem Wind statt und wurde von ca. 90 Personen besucht. Es sprachen Wolfgang Kopitzsch, Detlef Baade und Cornelia Kerth, moderiert von Ulrich Hentschel.

Bis heute fordert die Initiative Stadthaus einen würdigen und angemessenen Gedenk-, Lern- und Veranstaltungsort mit wöchentlichen Mahnwachen an dem Ort in Hamburg, an dem die Nazi-Verbrechen organisiert und auch durchgeführt wurden.

Ab dem 4. Juli 2023 sollen der Geschichtsort und die Ausstellung wieder uneingeschränkt zugänglich sein.

Le, 30.05.2023